

Landwirtschaft

Milchbauern haben Anspruch auf faire Preise

Der jüngste Einbruch beim Milchpreis gefährdet die Existenz der Milchbauern. Der Lieferstopp vieler landwirtschaftlicher Betriebe gegenüber den Molkereien war eine Reaktion, für die weite Kreise der Bevölkerung zu Recht Verständnis zeigten. Die Proteste der Milchbauern sind ein legitimes Anliegen, das Solidarität verdient.

Die landwirtschaftlichen Unternehmen werden vom Handel zunehmend in die Defensive gedrängt. Nach einer Phase der Preisberuhigung erhalten die Bauern inzwischen nur noch Preise zwischen 27 und 35 Cent pro Liter Milch. Zugleich sind die Kosten für Energie und Futtermittel sprunghaft angestiegen. Die Forderung nach einem fairen Milchpreis in Höhe von mindestens 40 Cent ist daher angemessen.

Besonnenheit ist notwendig

Das Demonstrationsrecht gehört zur Demokratie. Jedweder Protest muss sich allerdings auf rechtsstaatlichem Boden bewegen. Die weitgehende Besonnenheit der Proteste verdient Respekt. Die Ankündigung verschiedener Handelsketten, nunmehr die Milchpreise anzupassen, ist ein wichtiger Erfolg.



Abhängigkeit von Milchimporten vermeiden

Ohne faire Erzeugerpreise geraten immer mehr Milchbetriebe in Existenznot. Konsequenz eines fortschreitenden Höfesterbens wäre eine steigende Abhängigkeit von Milchimporten. Wie problematisch solche Abhängigkeiten für eine Volkswirtschaft sein können, erlebt unser Land bei der Energieversor-

gung. Faire und kostendeckende Preise sind deshalb im allgemeinen Interesse. Nur wenn die Milchbauern existieren können, kann vermieden werden, dass wichtige Rohstoffe für die Lebensmittelproduktion aus dem Ausland bezogen werden müssen.

Milchgipfel kann Konsens schaffen

Notwendig erscheint ein Konsens zwischen allen Beteiligten über die langfristigen Strukturfragen der deutschen Milchwirtschaft. Nach den aktuellen Auseinandersetzungen über den Milchpreis sollten deshalb die Vertreter der Milchbauern, der Molkereiwirtschaft und des Handels an einen Tisch gebracht werden. Bei allen unterschiedlichen Interessen ist eine gemein-

same Strategie aller Akteure gefordert. Dazu gehört nicht zuletzt eine gemeinsame Haltung gegenüber den EU-Milchplänen. Eine sukzessive Ausweitung der Milchquoten, wie sie in Brüssel derzeit im Gespräch ist, ist für die bayerischen Landwirte nicht akzeptabel. Die CSU-Landesgruppe wird deshalb gemeinsam mit Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer weiter mit Entschiedenheit für ein schlüssiges Paket mit Begleitmaßnahmen für eine „sanfte Landung“ eintreten.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

der Umgang mit persönlichen Daten erfordert größte Sorgfalt. Dem Datenschutz gebührt deshalb ein hoher Stellenwert. Niemand hat Verständnis für Fahrlässigkeit. Und erst recht nicht für bewussten Datenmissbrauch. Schon gar nicht, wenn dieser Missbrauch offenbar in den obersten Konzern-Etagen eines Unternehmens wie der Deutschen Telekom AG veranlasst wurde, zu dessen unverzichtbaren Aufgaben die Bevorratung von sensiblen Daten gehört.

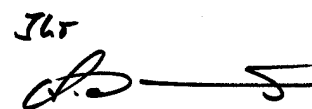


Die bekannt gewordene Bespitzelung eigener Mitarbeiter und deren Kontaktpersonen mittels konzerner Telefon-Verbindungsdaten bei der Telekom wird zu Recht als Riesenskandal empfunden. Die aufgedeckten Vorgänge sind nicht nur eklatante Rechtsverstöße. Sie sind geeignet, die ohnehin vorhandene Distanz zwischen Bürgern und Teilen der Wirtschaft weiter zu vergrößern.

Gefordert sind jetzt die Staatsanwälte und die Gerichte. Notwendig sind eine lückenlose Aufklärung und eine konsequente Anwendung der bestehenden Gesetze. Gefordert sind aber auch die Konzernvorstände und ihre Aufsichtsräte. Sie stehen in der Pflicht, alles zur Klärung der Vorwürfe zu tun und eine rigorose Überprüfung der konzerninternen Kontrollmechanismen auf die Wege zu bringen.

Machenschaften, wie sie jetzt bei der Deutschen Telekom AG bekannt wurden, haben weitreichende ökonomische wie politische Folgen. Sie schaden dem Wirtschaftsstandort Deutschland. Und sie befördern einen wachsenden Vertrauensverlust gegenüber dem System der sozialen Marktwirtschaft. Deshalb ist deutlich mehr ethische Selbstverantwortung in den Chefetagen großer Konzerne gefordert.

Mit freundlichen Grüßen



Alexander Dobrindt MdB

Gespräch mit der Deutschen Bahn AG

Bahnprojekte in Bayern voranbringen

Der Stand und die weitere Entwicklung aktueller Bahnprojekte in Bayern waren Gegenstand eines ausführlichen Gesprächs, zu dem der Vorstand der Deutschen Bahn AG die Mitglieder der CSU-Landesgruppe am Montagabend in die Berliner Konzernzentrale eingeladen hatte. Gastgeber des Gesprächs war Bahnvorstand Otto Wiesheu, vormals bayerischer Wirtschaftsminister. Mit dem Meinungs austausch setzten die Bahn AG und die CSU-Landesgruppe ihren intensiven Dialog fort, der neben zahlreichen Einzelkontakten der Fachpolitiker vor einem Jahr im gleichen Rahmen aufgenommen wurde.

Schwerpunkte der Gespräche waren unter anderem der Ausbau der wichtigen Europa-Magistrale zwischen Ulm und Augsburg sowie zwischen München und Freilassing. Die Attraktivität des Eisenbahnknotenpunktes Augsburg mit seinen Direktverbindungen nach Nürnberg und Würzburg, sowie die Anbindung des Allgäus war der Landesgruppe ein besonderes Anliegen.

Zufrieden zeigten sich beide Seiten mit der inzwischen unter Dach und Fach gebrachten Teilprivatisierung der Deutschen Bahn AG, die als erster wichtiger Schritt zur Stärkung der Wettbewerbsposition des Unter-

nehmens gewertet wurde. Denn die Verkaufserlöse aus der Privatisierung schaffen neue Spielräume zur Ver-



v.l.n.r.: Klaus Hofbauer, Otto Wiesheu, Dr. Peter Ramsauer, Hartmut Koschyk

besserung der Schieneninfrastruktur. Wichtige Ausbaumaßnahmen und Elektrifizierungen sowie eine Verbesserung des Lärmschutzes für betroffene

Anwohner können damit neu angegangen werden. Die CSU-Landesgruppe wird dabei sehr darauf achten, dass bayerische Interessen im besonderen Maße berücksichtigt werden.

Ein weiterer Diskussionsschwerpunkt war auch die Privatisierung der Mobilitäts- und Logistiktochter der Deutschen Bahn AG. Gerade im Bereich der Logistik sieht das Management der Bahn große Wachstumsperspektiven im globalen Maßstab. Nur durch die Privatisierung dieser sehr wettbewerbsintensiven Bereiche erhält die Bahn die erforderlichen Finanzmittel, um sich im weltweiten Wettbewerb behaupten zu können.

Diese Woche

Landwirtschaft

Milchbauern haben Anspruch auf faire Preise S. 1

Gespräch mit der Deutschen Bahn AG

Bahnprojekte in Bayern voranbringen S. 2

Gesundheit

Organspende ist ein Ja zum Leben S. 2

CSU-Landesgruppe fordert deutsche Sprachoffensive in der EU

Benachteiligung der deutschen Sprache endlich beenden S. 3

Gespräch mit Bayerischen Schornsteinfegern

Neues Schornsteinfegerrecht mit den Betroffenen rückkoppeln S. 4

Zeitarbeit

Zeitarbeit ist Sprungbrett in den regulären Arbeitsmarkt S. 4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Wolfgang Jenders
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Gesundheit

Organspende ist ein Ja zum Leben

Rund 12.000 Menschen in Deutschland stehen auf einer Warteliste für ein Organ, weil es nicht genug Spender gibt. Dabei ist die Auseinandersetzung mit dem Thema Organspende eine Verantwortung, die alle angeht. Im Rahmen eines Symposiums „Organspende: Ja zum Leben“ hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion deshalb am Mittwoch mit Fachleuten aus der Transplantationsmedizin und Theologen, mit Vertretern der Vermittlungsorganisationen und Betroffenen Wege diskutiert, wie sich die Spendebereitschaft steigern lässt.

Organtransplantationen haben sich in Deutschland in den vergangenen 20 Jahren zu wichtigen Maßnahmen der medizinischen Behandlung entwickelt. Im Jahr 2007 wurde ein Höchststand bei der Zahl der Organspender erreicht, ca. 1.300 Menschen spendeten nach ihrem Tod Organe. Allerdings ist der Bedarf an Transplantationen nach wie vor weit größer als die Zahl der zur Verfügung stehenden Organe.

Die Bereitschaft zur Organspende muss gesteigert werden. Auf dem Symposium unterbreiteten die geladenen Experten hierzu eine Fülle von Vorschlägen. Zuallererst muss es darum gehen, das Bewusstsein für die Bedeutung des Themas zu erhöhen – so der übereinstimmende Tenor.

Wenn sich eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung theoretisch bereit erklärt, zum Beispiel nach einem tödlichen Unfall ein Organ zu spenden, zugleich aber nur 8 bis 12 Prozent der Bürger einen Organspendeausweis besitzen, so zeigt dies die vorhandenen Defizite. Erforderlich sind deshalb breite Aufklärungskampagnen. Unterstützung hierbei sollten gerade auch die Medien leisten.

Notwendig sind zudem deutlich mehr Transplantationsbeauftragte in den Kliniken. Sie sollen den unmittelbaren Angehörigen bei ihrer schwierigen Entscheidung über den mutmaßlichen Willen von nicht zu rettenden Unfallopfern zur Organspende professionelle Hilfe leisten.

Deutsche Sprachoffensive in der EU

Benachteiligung der deutschen Sprache endlich beenden

Die Diskriminierung der deutschen Sprache in der EU schadet deutschen Interessen und ist nicht hinnehmbar. Die CSU-Landesgruppe tritt mit Nachdruck dafür ein, dass ein echtes Dreisprachenregime in der EU geschaffen wird und die rechtliche Gleichstellung der drei Verfahrenssprachen Deutsch, Englisch und Französisch nicht länger nur auf dem Papier besteht.

Die CSU-Landesgruppe fordert daher in einem Sieben-Punkte-Papier gezielte Maßnahmen zur Aufwertung der deutschen Sprache in der EU. Dazu gehören kostengünstige Sprachkurse durch das Goethe-Institut sowie die Einrichtung von Sprachpatenschaften mit Vertretern des Auswärtigen Dienstes und der Länder in Brüssel. Zielgruppe dieser Sprachoffensive zur langfristigen Aufwertung der deutschen Sprache in der EU sind EU-Bedienstete sowie entsandte nationale Experten und Praktikanten aus anderen EU-Mitgliedstaaten.

Um im Falle einer Diskriminierung gegen die deutsche Sprache schnell reagieren zu können, sollte eine Anlaufstelle für deutschsprachige EU-Bedienstete bei der Ständigen Vertretung Deutschlands in Brüssel geschaffen werden. Diese soll Meldungen über eine Benachteiligung der deutschen Sprache entgegennehmen und der Bundesregierung

sowie dem Deutschen Bundestag regelmäßig Bericht erstatten. Alle deutschsprachigen Akteure bei der EU sind hier in der Verantwortung, mit gutem Beispiel voranzugehen und im Rahmen ihrer Tätigkeit Deutsch



als vorwiegende Arbeitssprache zu verwenden. Dies gilt insbesondere für herausgehobene Vertreter wie das deutsche Mitglied in der EU-Kommission.

Die EU-Kommission muss dafür sorgen, dass sämtliche Ausschreibungs- und Vergabeunterlagen zeitgleich zur englischen und franzö-

sischen Fassung auch auf Deutsch vorliegen. Es ist nicht hinnehmbar, dass insbesondere kleinen und mittleren deutschen Unternehmen im Binnenmarkt durch fehlende Übersetzungen Wettbewerbsnachteile entstehen.

Die Kommission ist ebenfalls aufgefordert, ihre Übersetzungsstrategie dahingehend zu überarbeiten, dass beratungsrelevante Vorlagen dem Deutschen Bundestag vollständig und in einem angemessenen zeitlichen Rahmen auf Deutsch vorliegen. Nur so kann der Deutsche Bundestag seine größeren Mitwirkungsrechte in EU-Angelegenheiten nach dem Vertrag von Lissabon auch in der Praxis wahrnehmen.

Die Kommission darf sich nicht durch den Verweis auf Kosten- und Zeitgründen aus der Verantwortung stehlen, sondern muss ihrer Pflicht zur Gleichstellung der deutschen Sprache endlich gerecht werden.

Das Positionspapier der CSU-Landesgruppe „Förderung der deutschen Sprache in der EU“ finden Sie unter: www.csu-landesgruppe.de

++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++

Telefon-Hotline am 17. Juni

Unter dem Motto „Ihr direkter Draht nach Berlin“ richten die CSU-Bundestagsabgeordneten am Dienstag, den 17. Juni 2008, zum wiederholten Male eine Telefon-„Hotline“ ein. Nach dem überaus positiven Echo auf die vorangegangenen Telefon-Aktionen werden die Mitglieder der CSU-Landesgruppe dieses Mal interessierten Bürgerinnen und Bürgern zu allen aktuellen bundespolitischen Themen Rede und Antwort stehen. Geschaltet ist die Telefon-„Hotline“ in der Zeit zwischen 13.00 Uhr und 15.00 Uhr unter der Telefon-Nr.: 0800 - 0 91 55 22. Die Anrufe sind gebührenfrei.

Ziel der Telefon-Aktion ist es, die Anrufer über die Konzepte und Initiativen der CSU im Deutschen Bundestag zu informieren. Die Themenpalette setzt bewusst keine Grenzen, so dass jeder Anrufer ein offenes Ohr für sein politisches Anliegen finden wird.

Ingenieure braucht das Land

Der Mangel an Ingenieuren wird zum immer größeren Problem für die deutsche Industrie. Im vergangenen Jahr konnten 69.000 Ingenieursstellen nicht besetzt werden, 20.000 mehr als noch 2006. Im laufenden Jahr hat sich der Bedarf weiter erhöht: Aktuell fehlen mehr als 72.000 Ingenieure. Daraus resultieren Produktionseinbußen und der Verlust von Aufträgen. Einige Firmen haben Forschung, Entwicklung und Produktion bereits ins Ausland verlagert. Auch die volkswirtschaftlichen Folgen sind gravierend. Im Jahr 2007 entstand durch Ingenieurmangel ein Wachstumsverlust von über 7 Milliarden Euro. Initiativen der Länder zur Förderung der Attraktivität des Ingenieursberufs sind daher willkommen. Zumal eine technische Berufslaufbahn den jungen Menschen hervorragende berufliche Perspektiven bietet.

Gespräch mit Bayerischen Schornsteinfegern

Neues Schornsteinfegerrecht mit den Betroffenen rückkoppeln

Der Gesetzentwurf zur Neuregelung des Schornsteinfegerwesens war Gegenstand eines intensiven Meinungsaustauschs, den Vertreter der bayerischen Schornsteinfeger am Freitag letzter Woche mit Mitgliedern der CSU-Landesgruppe in Berlin führten. Dabei sagte die CSU-Landesgruppe zu, sich bei den weiteren parlamentarischen Beratungen eng mit dem Schornsteinfegerhandwerk abzustimmen.

Das neue Gesetz sieht unter anderem vor, dass die Verbraucher ihren Schornsteinfeger künftig mit weitergehenden Tätigkeiten beauftragen können, die nicht zum klassischen Aufgabenbereich gehören. Darüber hinaus wird ihnen die freie Wahl gegeben, welchen Schornsteinfeger sie mit der Durchführung der vorgeschriebenen Überprüfungs-, Kehr- und Messtätigkeit beauftragen möchten.

Mit Inkrafttreten des novellierten Schornsteinfegergesetzes sollen die Schornsteinfeger nicht sofort in den freien Wettbewerb entlassen werden. Vielmehr gibt ihnen eine Übergangsfrist von fünf Jahren die Möglichkeit, sich für weitergehende Tätigkeiten zu qualifizieren. Auch nach Aufhebung des Nebentätigkeitsverbotes dürfen Schornsteinfeger Tätigkeiten von angrenzenden Gewerken nur

dann ausüben, wenn sie mit dem entsprechenden Handwerk in die Handwerksrolle eingetragen sind.



In dem Gespräch bestand Einigkeit darin, dass der ursprüngliche Gesetzentwurf von Rot/Grün für die Schornsteinfeger existenzgefährdend war. Der nun vorliegende Gesetzentwurf unter Federführung von Bundeswirtschaftsminister Michael Glos sichere dagegen die Zukunft des Berufsstandes.

Klaus Dank, der als Landesinnungsmeister von Bayern und Stellv. Bundesinnungsmeister die Delegation des Schornsteinfegerhandwerks anführte, führte einige Punkte aus, die in den parlamentarischen Beratungen aus Sicht seines Handwerks noch zu verändern seien. So sollten die im Gesetz enthaltenen Übergangsregelungen so ausgestaltet werden, dass erst ab 1. Januar 2013 neues Recht gilt – und zwar für alle Bezirke gleichzeitig. Statt des „Beamtenbegriffs“ Bezirksbevollmächtigter sei zudem auch künftig die bewährte Bezeichnung Bezirksschornsteinfegermeister zu verwenden. Und mit Blick auf die aktuell anzupassende Gebührenordnung müsste die Schornsteinfeger-tätigkeiten angemessen honoriert werden. Für die CSU-Landesgruppe sagte deren wirtschaftspolitischer Sprecher Alexander Dobrindt zu, die Anliegen wohlwollend zu prüfen.

Fakten zur Zeitarbeit

Zeitarbeit ist Sprungbrett in den regulären Arbeitsmarkt

Jeder vierte Zeitarbeiter findet im Anschluss an seinen Einsatz einen Platz in der Stammbesetzung des Unternehmens, an das er zuvor ausgeliehen wurde. Weitere 22 Prozent erlangen zudem eine FestEinstellung in einem anderen Unternehmen. Dies geht aus einer Studie hervor, für die das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) Daten von mehr als 200 Zeitarbeitsunternehmen mit mehr als 53.000 Beschäftigten ausgewertet hat. Das Studienergebnis beweist, dass ein „Klebeffekt“ existiert. 59 Prozent der Zeitarbeiter waren vorher arbeitslos oder Menschen, die etwa aus familiären Gründen eine Zeit lang nicht im Beruf standen. Weitere 13 Prozent kamen aus der Langzeitarbeitslosigkeit und fast 8 Prozent waren zuvor noch nie beschäftigt gewesen.

Die OECD würdigt diesen Beitrag der Zeitarbeit zu den spürbaren Erfolgen bei der Integration bisheriger „Problemgruppen“ des Arbeitsmarktes, wie etwa bei älteren und gering qualifizierten Arbeitslosen, in ihrem aktuellen Deutschlandbericht (April 2008) ausdrücklich. Zeitarbeit bietet für viele Arbeitsuchende eine Chance für den Einstieg oder Wiedereinstieg in die Berufstätigkeit. Damit wird das Anliegen des AÜG, über Zeitarbeit den Einstieg in ein festes Arbeitsverhältnis zu erleichtern, in der Praxis erreicht. Von „Sklaverei“, wie Sie es nennen, kann in meinen Augen keine Rede sein: An den Kündigungsschutz ist die Zeitarbeitsbranche selbstverständlich

gebunden. Das die gleiche Bezahlung von Fest- und Zeitarbeitern - „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ -, wie es das Gesetz zur Zeitarbeit vorgibt, faktisch kaum eine Rolle spielt, hat vielmehr mit abweichenden Regelungen durch Tarifverträge zu tun.

Aber wie sollte man die Aufnahme einer Branche mit nahezu 100 Prozent Tarifbindung und ohne Entsendeproblematik in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz zur Schaffung eines Branchen-Mindestlohns rechtfertigen? Da eine Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes durch vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit für mittel- und osteuropäische EU-Staaten vor 2011

nicht realistisch ist, wird es vor diesem Datum auch keine Entsendeproblematik in dieser Branche geben.

Der einzige Weg, den Grundsatz des „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ durchzusetzen, ist die Tarifautonomie. Eine ähnliche Bezahlung von Fest- und Zeitarbeitern liegt schließlich auch im Interesse der Zeitarbeitgeber, um den sozialen Frieden zu wahren und qualifiziertes Personal zu bekommen. Dieser Aspekt könnte zukünftig noch an Bedeutung gewinnen. Das nachlassende Wachstum der Zeitarbeitsbranche hat seine Ursache darin, dass viele Unternehmen wieder vermehrt eigenes Personal einstellen.